

Protokoll über die Sitzung des Rates

Sitzungsdatum: Mittwoch, den 23.10.2019
Beginn: 17:00 Uhr
Ende: 20:25 Uhr
Ort, Raum: Ratssaal 128

Anwesend:

Bürgermeister

Herr Tobias Gerdesmeyer

Ratsvorsitzender

Herr Norbert Bockstette

Ratsmitglieder

Herr Tobias Beckhelling

Herr Walter Bokern

Herr Frank Bruns

Herr Evren Demirkol

Frau Manuela Deux

Herr Christian Fahling

Frau Margarete Godde

Herr Norbert Hinzke

Herr Ralf Kache

Frau Silvia Klee

Herr Eckhard Knospe

Frau Stefanie Kröger

Herr Fabio Maier

Herr Walter Mennewisch

bis TOP 7.7.

Herr Reinhard Mertineit

Herr Christian Meyer

Herr Dr. Lutz Neubauer

ab TOP 5.

Herr Franziskus Pohlmann

Herr Konrad Rohe

Herr Lukas Runnebom

Herr Paul Sandmann

Frau Julia Sandmann-Surmann

Herr Thomas Schlarmann

Frau Elsbeth Schlärman

Herr Walter Sieveke

bis TOP 8.

Herr Holger Teuteberg

Frau Brigitte Theilen

Herr Peter Willenborg

Herr Ali Yilmaz

bis TOP 7.4.

Herr Michael Zobel

Gleichstellungsbeauftragte

Frau Gleichstellungsbeauftragte Rebecca
Fischer

Verwaltung

Herr Gert Kühling
Herr Bernd Kröger
Frau Cornelia Espelage
Herr Hermann Theder
Herr Sebastian Wolke

Abwesend:

Ratsmitglieder

Herr Stephan Blömer
Frau Christina Renner
Herr Clemens-August Röchte
Frau Henrike Theilen

Tagesordnung:

Öffentlich

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und Beschlussfähigkeit sowie der Tagesordnung
2. Genehmigung des Protokolls von der Sitzung am 06.03.2019
3. Genehmigung des Protokolls von der Sitzung am 12.06.2019
4. Genehmigung des Protokolls von der Sitzung am 26.06.2019
5. Bericht des Bürgermeisters über Verwaltungs- und kommunalpolitische Angelegenheiten
6. Beschlussvorlagen des Verwaltungsausschusses
 - 6.1. Vorschläge des Verwaltungsausschusses
 - 6.1.1. Neubesetzung des Ortsbrandmeisters und seines Stellvertreters der Freiwilligen Feuerwehr Südlohne
Vorlage: 32/002/2019
 - 6.2. Empfehlungen des Bauausschusses
 - 6.2.1. Bebauungsplan Nr. 88 - 6. Änderung für den Bereich "Gewerbegebiet Brägel";
 - a) Beratung der während der öffentlichen Auslegung und der Beteiligung der Behörden gem. § 13 Abs. 2 Nr. 2 BauGB vorgetragenen Anregungen
 - b) Satzungsbeschluss
 Vorlage: 61/018/2019
 - 6.3. Empfehlungen des Finanzausschusses
 - 6.3.1. Veräußerung von Hausgartenflächen am Hopener Waldbach
Vorlage: 23/006/2019
 - 6.3.2. Beratung des 1. Nachtragshaushalts für das Jahr 2019
Vorlage: 20/036/2019
 - 6.3.3. Grundstückstausch an der Jägerstraße
Vorlage: 23/028/2019
7. Anträge, Anfragen und Anregungen
 - 7.1. Antrag der SPD-Fraktion betr. Bürgerservice-App (Anlage)
 - 7.2. Antrag der SPD-Fraktion betr. Einwohnerfragestunde (Anlage)
 - 7.3. Antrag der SPD-Fraktion betr. Berichtspflicht (Anlage)
 - 7.4. Antrag der SPD-Fraktion betr. Sozialbericht (Anlage)
 - 7.5. Antrag der SPD-Fraktion betr. Citymarketing (Anlage)
 - 7.6. Antrag der SPD-Fraktion betr. Existenzgründerprogramm (Anlage)

- 7.7. Antrag der Ratsgruppe LOHNER-DIE LINKE betr. Erlass einer Baumschutzsatzung (Anlage)
- 7.8. Anfrage der SPD-Fraktion betr. Kommunalbericht (Anlage)
- 8. Einwohnerfragestunde
 - 8.1. Klimawandel
 - 8.2. Famila-Markt
 - 8.3. Versiegelung von Flächen

Öffentlich

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und Beschlussfähigkeit sowie der Tagesordnung

Ratsvorsitzender Bockstette eröffnete die Sitzung und begrüßte die Zuhörer. Er stellte fest, dass die Ratsmitglieder ordnungsgemäß durch Einladung vom 15.10.2019 einberufen wurden. Die Tagesordnung zu Teil A der Sitzung wurde öffentlich in der Oldenburgischen Volkszeitung bekanntgegeben. Die Beschlussfähigkeit wurde festgestellt.

Zur Tagesordnung beantragte der Sprecher der SPD Fraktion, die Punkte 1.1.1 und 1.1.2 des nicht öffentlichen Teils aufgrund ihres inhaltlichen Zusammenhangs als einen Tagesordnungspunkt abzuhandeln.

Der Sprecher der Grünen-Fraktion wies auf die unterschiedlichen Beratungsinhalte hin und kritisierte, dass dann über beide Beschlüsse nicht mehr unterschiedlich abgestimmt werden könne.

Ratsvorsitzender Bockstette ließ über den Antrag, die Tagesordnungspunkte gemeinsam in einem abzuhandeln, abstimmen.

Der Antrag wurde mehrheitlich angenommen und die Tagesordnung mit dieser Änderung festgestellt.

24 Ja-Stimmen, 5 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen.

2. Genehmigung des Protokolls von der Sitzung am 06.03.2019

Beschluss:

Das Protokoll wird genehmigt.

mehrheitlich beschlossen

Ja-Stimmen: 30 , Enthaltungen: 1

3. Genehmigung des Protokolls von der Sitzung am 12.06.2019

Mit E-Mail vom 22.10.2019 wurde auf eine Änderung der Formulierung zu Top 4.3.3 „Neufassung der Kriterien für die Vergabe städtischer Wohnbaugrundstücke“ hingewiesen. In dieser Fassung wurde das Protokoll zur Genehmigung gestellt.

Beschluss:

Das Protokoll wird genehmigt.

mehrheitlich beschlossen

Ja-Stimmen: 30 , Enthaltungen: 1

4. Genehmigung des Protokolls von der Sitzung am 26.06.2019

Beschluss:

Das Protokoll wird genehmigt.

mehrheitlich beschlossen

Ja-Stimmen: 30 , Enthaltungen: 1

5. Bericht des Bürgermeisters über Verwaltungs- und kommunalpolitische Angelegenheiten

Bürgermeister Gerdesmeyer hielt folgenden Bericht: siehe Anlage

6. Beschlussvorlagen des Verwaltungsausschusses

6.1. Vorschläge des Verwaltungsausschusses

6.1.1. Neubesetzung des Ortsbrandmeisters und seines Stellvertreters der Freiwilligen Feuerwehr Südlohne Vorlage: 32/002/2019

Allgemeiner Vertreter Kühling berichtet von der Vorberatung.

Beschluss:

Herr Peter Runnebohm wird unter Berufung in das Ehrenbeamtenverhältnis für die weitere Dauer von 6 Jahren zum Ortsbrandmeister der Freiwilligen Feuerwehr Südlohne ernannt.

Herr Günther Burwinkel wird unter Berufung in das Ehrenbeamtenverhältnis für die weitere Dauer von 6 Jahren zum stellvertretenden Ortsbrandmeister der Freiwilligen Feuerwehr Südlohne ernannt

einstimmig beschlossen

Ja-Stimmen: 32

6.2. Empfehlungen des Bauausschusses

6.2.1. Bebauungsplan Nr. 88 - 6. Änderung für den Bereich "Gewerbegebiet Brägel"; a) Beratung der während der öffentlichen Auslegung und der Beteiligung der Behörden gem. § 13 Abs. 2 Nr. 2 BauGB vorgetragenen Anregungen b) Satzungsbeschluss Vorlage: 61/018/2019

Bauausschussvorsitzender Bokern berichtete von der Vorberatung.

In der Aussprache wurde die zulässige Gebäudehöhe von 22m kritisiert und die niedrige Zahl an Wertpunkten für Kompensationsmaßnahmen hinterfragt.

Ein anderer Redner sprach sich im Interesse eines sparsamen Flächenverbrauchs für größere Gebäudehöhen aus.

Der Rat stimmte dem Vorschlag des Verwaltungsausschusses zu.

Beschluss:

Den Vorschlägen der Verwaltung zur Behandlung der während der öffentlichen Auslegung vorgetragenen Stellungnahmen und der Abwägung der öffentlichen und privaten Belangen wird zugestimmt.

Der Bebauungsplan Nr.88 – 6. Änderung für den Bereich „Gewerbegebiet Brägel“ sowie die Begründung hierzu wird als Satzung beschlossen.

mehrheitlich beschlossen

Ja-Stimmen: 27 , Enthaltungen: 5

6.3. Empfehlungen des Finanzausschusses**6.3.1. Veräußerung von Hausgartenflächen am Hopener Waldbach
Vorlage: 23/006/2019**

Ratsmitglied Sieveke nahm wegen Interessenwiderstreits an der Beratung und Beschlussfassung nicht teil.

Stellvertretender Finanzausschussvorsitzender Zobel berichtet von der Vorberatung. Der Rat stimmte dem Vorschlag des Verwaltungsausschusses zu.

Beschluss:

Die Stadt Lohne veräußert den Grundstücksstreifen zwischen den Wohngrundstücken an der Bussardstraße – Sperberweg und dem Hopener Mühlenbach parzellenweise an die angrenzenden Eigentümer. Der Verkaufspreis beträgt 40€/m² und hat eine Gültigkeit bis zum 31.12.2021. Alternativ kann die Fläche bis zum 31.12.2021 zu einem Pachtpreis zu 1 €/m² angepachtet werden. Danach ist ein neuer Pachtpreis festzulegen.

mehrheitlich beschlossen

Ja-Stimmen: 26 , Nein-Stimmen: 2 , Enthaltungen: 3

**6.3.2. Beratung des 1. Nachtragshaushalts für das Jahr 2019
Vorlage: 20/036/2019**

Stadtkämmerer Theder trug die Eckdaten des Nachtragshaushalts einschließlich der mit E-Mail von 22.10.2019 mitgeteilten Ergänzungen vor.

Der Sprecher der Ratsgruppe LOHNER- DIE LINKE sprach sich gegen den Nachtragshaushalt aus, weil seiner Ansicht nach Geld für Investitionen ausgegeben wird, welche die vorhandenen Probleme weiter vergrößern. In diesem Zusammenhang kritisierte er vor allem den geplanten Bau von Parkhäusern.

Ein Sprecher der SPD-Fraktion lobte die gute Einnahmesituation, die der Politik zusätzliche Handlungsmöglichkeiten eröffnet. Gleichzeitig kritisiert er größere Projekte wie den Bau des Tanzhauses für „Stage 7“ aufgrund seiner Meinung nach fehlender Gleichbehandlung mit anderen Vereinen und die vorgesehenen Verpflichtungsermächtigungen für ein Parkhaus am Krankenhaus, mit denen ein Parkhaus an dieser Stelle weiter verfestigt werde, obwohl die Zukunft des Krankenhauses selbst noch unklar sei. Diese Mittel könnten auch noch im Haushaltsjahr 2020 bereitgestellt werden, wenn zur Krankenhausthematik weitere Klarheit herrsche. Des Weiteren wies er auf einzelne Ansätze mit einem Volumen von über 1 Mio Euro und einen Beschluss des Rates aus dem Jahr 2017 hin, wonach für solche „Maßnahmen von erheblicher Bedeutung“ ein Wirtschaftlichkeitsvergleich anzustellen sei. Er kritisierte, dass ein solcher bisher zu keiner Maßnahme vorgelegt wurde. Er bat darum, zukünftig Wirtschaftlichkeitsvergleiche bereits im Zusammenhang mit der Haushaltsplanung vorzu-

nehmen. Darüber hinaus kritisierte er Verpflichtungsermächtigungen für den Kauf von Wertpunkten für Kompensationsmaßnahmen. Er bat darum, auf die Einstellung von Verpflichtungsermächtigungen im Haushalt zu verzichten, wenn kein konkreter Beschluss für eine Maßnahme gefasst wurde. Ergänzend wies der Sprecher der SPD-Fraktion darauf hin, dass die Finanzierung einer Krankenpflegeschule noch nicht geregelt sei. Er betonte, dass auch die SPD-Fraktion für eine Stärkung des Krankenhauses stehe.

Der Sprecher der CDU-Fraktion sprach sich für den Nachtragshaushaltsplan aus, da mit dem Geld sinnvoll und für eine gedeihliche Entwicklung der Stadt investiert werde.

Der Sprecher der Grünen wies darauf hin, dass viele Positionen im Haushaltsplan mitgetragen werden, der Haushalt aber auch Positionen enthält, die aus Sicht der Grünen mehr Schaden als Nutzen bringen. Da eine Abstimmung nur über den Gesamthaushalt möglich ist, werde seine Fraktion gegen den Nachtragshaushalt stimmen. Beispielhaft nannte er Haushaltsmittel für Grundstückserwerbe, für den Kauf von Wertpunkten für Ausgleichsmaßnahmen, die Vermarktung der ehemals Fläche Pundt/Schlarmann und das geplante Parkdeck an der Vogtstraße.

Bürgermeister Gerdesmeyer erinnerte an verschiedene Haushaltsansätze, wie die Ansätze im Bildungsbereich. Zur Ausschöpfung der Fördermittel aus dem Digitalpakt wies er darauf hin, dass diese gedeckelt sind. Die Stadt könne aufgrund ihrer umfangreichen Aktivitäten die Fördermittel voraussichtlich in vollem Umfang ausschöpfen, selbst wenn einzelne Maßnahmen nicht gefördert würden. Die Unterstützung des Vereines „Stage 7“ hielt er für richtig.

Zum Krankenhaus äußerte er die Einschätzung, dass die Planung des Neubaus frühestens in den kommenden 5 – 10 Jahren umgesetzt werde. Wenn so lange die Parkplatzsituation nicht angegangen werde, werde sich die Situation beim Facharztzentrum weiter verschärfen. Er gab zu bedenken, dass das Parkhaus auch für den Bedarf zunehmender E-Mobilität und individueller Mobilität gebraucht werde. Zum Parkdeck an der Vogtstraße äußerte er die Hoffnung auf Städtebaufördermittel.

Der Sprecher der Ratsgruppe LOHNER-DIE LINKE wies darauf hin, dass der Individualverkehr in allen Städten ein Problem sei, dem nicht mit weiteren Stellplätzen, sondern mit Veränderung in der Mobilitätsstruktur begegnet werden müsse. Zudem bezweifelte er, dass ein Parkhaus an dieser Stelle aufgrund dieser Verkehrssituation in der Lage sein werde, den zu erwartenden Individualverkehr zu bewältigen.

Beschluss:

Die 1. Nachtragssatzung und der 1. Nachtragshaushaltsplan für das Jahr 2019 wird in der vorliegenden Fassung einschließlich der mit E-Mail vom 22.10.2019 mitgeteilten Ergänzungen beschlossen.

mehrheitlich beschlossen

Ja-Stimmen: 22 , Nein-Stimmen: 10

6.3.3. Grundstückstausch an der Jägerstraße Vorlage: 23/028/2019

Finanzausschussvorsitzender Sieveke berichtete von der Vorberatung.
Der Verwaltungsausschuss stimmte dem Vorschlag des Verwaltungsausschusses zu.

Die Ratsmitglieder Beckhelling, Runnebohm und Sandmann-Surmann hatten vorübergehend den Ratssaal verlassen.

Beschluss:

Der Flächentausch zur Grundstücksbeordnung kann erfolgen, so dass Herr Rohe für die abgegebene Mehrfläche zur Größe von ca. 50m² einen Kaufpreis in Höhe von 105/m² an die Stadt zu zahlen hat.

einstimmig beschlossen
Ja-Stimmen: 29

7. Anträge, Anfragen und Anregungen

7.1. Antrag der SPD-Fraktion betr. Bürgerservice-App (Anlage)

SPD-Fraktionsvorsitzender Eckhard Knospe kritisierte, dass der Antrag für die Sitzung von der Verwaltung nicht vorbereitet wurde.

Bürgermeister Gerdesmeyer wies darauf hin, dass eine Entscheidung über einen Antrag ohne Vorberatung im Verwaltungsausschuss nicht getroffen werden könne. Der Rat entscheide ausschließlich darüber, wie mit dem Antrag weiter verfahren werde. Bei einem Verweis in einen Fachausschuss werde das Thema dann für eine Beratung über den Antrag von der Verwaltung aufgearbeitet. Fraktionsvorsitzender Knospe erläuterte anschließend den Antrag und bat um Zustimmung.

Allgemeiner Vertreter Kühling ging auf zu erwartende Änderungen aufgrund des Online-Zugangs-Gesetzes ein. Danach müssen Kommunen bis zum Jahr 2022 einen Großteil der Dienstleistungen auch im Internet, d.h. online anbieten. Dieses werde sukzessive ausgebaut. Vorbereitungen für die notwendige Software sowie die Kommunikationswege laufen derzeit. Er regte an, die gesamte Thematik „Digitalisierung der Verwaltung“ inklusive Mängelmelder und Bürgerservice-App im Finanzausschuss zu beraten, da dieses zukünftig auch zu höheren Aufwendungen für die technische Ausstattung führen wird.

Der Sprecher der CDU-Fraktion unterstützte diesen Vorschlag und beantragte die Überweisung in den Finanzausschuss.

Beschluss:

Der Antrag der SPD-Fraktion auf Einführung einer Anregungs- und Ereignismanagement-App (Bürgerservice-App) wird zur Beratung in den Finanzausschuss verwiesen.

mehrheitlich beschlossen
Ja-Stimmen: 31 , Enthaltungen: 1

7.2. Antrag der SPD-Fraktion betr. Einwohnerfragestunde (Anlage)

Fraktionsvorsitzender Knospe erläuterte den Antrag und beantragte zur weiteren Beratung eine Verweisung in den Verwaltungsausschuss. Dazu sollten Informationen aus Nachbarkommunen zu deren Praxis hinsichtlich Einwohnerfragestunden vorgelegt werden. Eine abschließende Beratung soll anschließend im öffentlichen Teil einer Ratssitzung erfolgen.

Der Sprecher der Ratsgruppe LOHNER-DIE LINKE wies auf das sehr komplexe Thema hin und regte eine vorherige Beratung in den Fraktionen und Gruppen an, um deren Stellungnahmen in die Beratung einzubeziehen. Dem schloss sich der Rat einstimmig an.

Beschluss:

Der Antrag der SPD-Fraktion betreffend Einwohnerfragestunde wird in die Fraktionen und die Gruppe zur dortigen Beratung verwiesen. Anschließend erfolgt eine Beratung im Verwaltungsausschuss sowie im öffentlichen Teil der dann folgenden Ratssitzung. Hierfür wird eine Abfrage unter den Nachbarkommunen zu deren Praxis hinsichtlich der Einwohnerfragestunde vorgenommen.

einstimmig beschlossen

Ja-Stimmen: 32

7.3. Antrag der SPD-Fraktion betr. Berichtspflicht (Anlage)

Fraktionsvorsitzender Knospe erläuterte den Antrag und wies darauf hin, dass der Landkreis Vechta nach einem ähnlichen Antrag die Berichte der entsendeten Vertreter des Landkreises in Einrichtungen und Kommissionen schriftlich anfragt. Zur Information der Kreistagsmitglieder werden diese zusammengefasst und einem Protokoll anhängt.

Er beantragte die Überweisung des Antrages in den Verwaltungsausschuss. Bürgermeister Gerdsmeyer sagte hierzu eine Stellungnahme der Verwaltung zu.

Beschluss:

Der Antrag der SPD Fraktion auf Einführung einer Berichtspflicht für die entsendeten Vertreter der Stadt in Einrichtungen und Kommissionen wird zur Beratung in den Verwaltungsausschuss verwiesen.

mehrheitlich beschlossen

Ja-Stimmen: 31 , Enthaltungen: 1

7.4. Antrag der SPD-Fraktion betr. Sozialbericht (Anlage)

Fraktionsvorsitzender Knospe erläuterte den Antrag und beantragte eine Verweisung in den Ausschuss für Jugend, Familien, Senioren und Soziales.

Beschluss:

Der Antrag der SPD-Fraktion betreffend Erstellung eines Sozialberichts wird zur Beratung in den Ausschuss für Jugend, Familien, Senioren und Soziales verwiesen.

einstimmig beschlossen

Ja-Stimmen: 32

7.5. Antrag der SPD-Fraktion betr. Citymarketing (Anlage)

Fraktionsvorsitzender Knospe erläuterte den Antrag und beantragte eine Verweisung in den Finanzausschuss.

Ratsherr Bruns hatte vorübergehend den Ratssaal verlassen.

Beschluss:

Der Antrag der SPD-Fraktion, die Einführung eines professionellen Stadt-/Citymarketing zu beschließen, wird zur weiteren Beratung in den Finanzausschuss verwiesen.

mehrheitlich beschlossen

Ja-Stimmen: 29 , Enthaltungen: 1

7.6. Antrag der SPD-Fraktion betr. Existenzgründerprogramm (Anlage)

Fraktionsvorsitzender Knospe erläuterte den Antrag und beantragte eine Verweisung in den Finanzausschuss.

Ein Sprecher der CDU-Fraktion gab zu bedenken, dass im Hinblick auf die Sitzungsdauer nicht alle Anträge in der nächsten Sitzung des Finanzausschusses abgehandelt werden können. Aufgrund der Haushaltsberatung für das Jahr 2020 sei bereits eine längere Sitzungsdauer zu erwarten. Er regte an, die Beratung über diesen Antrag in einer späteren Finanzausschusssitzung vorzusehen. Dem stimmten die Anwesenden übereinstimmend zu.

Beschluss:

Der Antrag der SPD-Fraktion betreffend City-Marketing wird in einer nächsten Sitzung des Finanzausschusses beraten.

einstimmig beschlossen

Ja-Stimmen: 31

7.7. Antrag der Ratsgruppe LOHNER-DIE LINKE betr. Erlass einer Baumschutzsatzung (Anlage)

Gruppensprecher Dr. Neubauer erläuterte den Antrag und beantragte für eine Beratung unter neuen Aspekten die Verweisung in den Bauausschuss, damit möglichst alle Gehölze einen Schutzstatus erhalten.

In mehreren Wortmeldungen wurde auf die intensive Beratung im Bauausschuss sowie die dort diskutierte Frage, ob eine Baumschutzsatzung zielführend sei, eingegangen. Hingewiesen wurde auf bereits bestehende Regelungen und die im Bauausschuss beschlossene Beauftragung der Verwaltung, Alternativmaßnahmen aufzuzeigen. Ein Sprecher regte an, die bereits bestehenden Regelungen, z. Bsp. die Pflanzgebote in Bebauungsplänen, stärker zu kommunizieren und die Bürger mehr für das Thema zu sensibilisieren.

Bürgermeister Gerdesmeyer gab zu Bedenken, dass es einen absoluten Schutz für alle Bäume nicht geben könne, weil bei Bedarf eine Interessensabwägung der unterschiedlichen Belange von Natur und Mensch vorgenommen werden müsse. Auch mit einer Baumschutzsatzung könne eine Abwägung verschiedener Belange nicht ausgeschlossen werden. Sie müsse ggfs. über Ausnahmegenehmigungen regelt werden.

Weitere Wortmeldungen bezogen sich auf das Verfahren. In der kontroversen Aussprache wurde auch auf die Regelung in der Geschäftsordnung des Rates hingewiesen, wonach Anträge auf Änderung oder Aufhebung von Beschlüssen früherer Sitzungen in die Tagesordnung nur aufgenommen oder in der Sitzung gestellt werden dürfen, wenn der Verwaltungsausschuss einen entsprechenden Beschluss empfohlen hat oder die Beschlussfassung nicht mehr als 6 Monate zurückliegt. Diese Frist sei in Bezug auf den Bauausschuss noch nicht verstrichen.

Im weiteren Verlauf der Diskussion stellte ein Ratsmitglied einen Antrag zur Geschäftsordnung auf Nichtbefassung. Gruppenvorsitzender Dr. Neubauer hielt dennoch den Antrag auf Überweisung in den Bauausschuss aufrecht. Über diesen ließ der Ratsvorsitzende zuerst abstimmen.

Der **Antrag auf Überweisung in den Bauausschuss** wurde mehrheitlich abgelehnt mit 11 Ja-Stimmen und 20 Nein-Stimmen.

Anschließend wurde über den **Antrag auf Nichtbefassung** abgestimmt.

Beschluss:

Dem Antrag auf Nichtbefassung nach § 8 Abs 1 Buchstabe e) der Geschäftsordnung wird aufgrund der Beratungen im Bauausschuss am 24.09. und im Verwaltungsausschuss am 15.10.2019 über den Erlass einer Bauschutzsatzung zugestimmt.

mehrheitlich beschlossen

Ja-Stimmen: 19 , Nein-Stimmen: 11 , Enthaltungen: 1

7.8. Anfrage der SPD-Fraktion betr. Kommunalbericht (Anlage)

Hierzu gab Allgemeiner Vertreter Kühling Auskunft.

Die Anfrage sowie die Antwort sind dem Protokoll als Anlagen beigelegt.

8. Einwohnerfragestunde

8.1. Klimawandel

Eine Einwohnerin wies darauf hin, dass ihrer Ansicht nach der Klimaschutz zu kurz käme, sie sich nicht vertreten fühle und fragte, wie man dem Klimawandel entgegenwirken wolle.

Bürgermeister Gerdesmeyer informierte über städtische Aktivitäten für den Umweltschutz. Dabei gab er zu bedenken, dass es stets Zielkonflikte gebe, bei denen die gewünschten Maßnahmen mit den Belangen von Natur- und Umweltschutz abgewogen werden müssen. Er bezeichnete den Klimaschutz als einen wichtigen Belang, der aber nicht der einzige sein könne, weil man sonst zu sozialen Verwerfungen käme.

Er versicherte, dass stets versucht werde, Eingriffe in die Natur - wie beispielsweise aktuell in einen Waldbestand im Zusammenhang mit der Verlagerung des Famila-Marktes - so gering wie möglich zu halten. Zur Information der Öffentlichkeit kündigte er an, in einer öffentlichen Bauausschusssitzung über die Aktivitäten für den Umweltschutz zu berichten. Er versicherte, dass mit den Natur- und Umweltschutzbelaangen nicht leichtfertig umgegangen, sondern stets versuche werde, Kompromisse und Lösungen zu finden.

8.2. Famila-Markt

Auf die Frage zur Zukunft des Famila-Marktes erläuterte Bürgermeister Gerdesmeyer, dass ein Fortbestand am derzeitigen Standort nicht gesehen werde. Im Ergebnis stehe die Frage im Raum, ob der Famila-Markt verlagert werden könne oder der Standort Lohne aufgegeben werde. Zur oft genannten alternativen Standortfläche neben der Firma Leffers erinnerte er an die problematische Verkehrsanbindung sowie negative Auswirkungen auf die Innenstadt. Für eine zusätzliche Belebung der Innenstadt verwies er auf das geplante Tanzhaus für „Stage 7“, das einen Treffpunkt auch für Jugendkultur bilden werde. In Wortmeldungen wiesen Einwohner darauf hin, dass dieses Tanzhaus auf dem für den Famila-Markt geplanten Standort in der Innenstadt gut untergebracht wäre und äußerten die Befürchtung, dass die Brockdorfer Bevölkerung dann zum Einkaufen nach Dinklage fahren werde, weil sie mit der geplanten Verlagerung des Marktes die Bahnlinie passieren müsste.

8.3. Versiegelung von Flächen

Eine Einwohnerin wies auf eine Anregung des OOWV hin, Flächen tendenziell eher zu entsiegeln als weiter zu versiegeln. Sie fragte, welche Möglichkeiten hierfür gesehen werden.

Bauamtsleiter Kröger erläuterte, dass in Bebauungsplänen soweit wie möglich geregelt sei, dass Niederschlagswasser versickern solle. Hierzu stehe man im Gespräch mit dem OOWV, ob und wie eine höhere Versickerungsquote erreicht werden kann.

Weitere Anfragen wurden nicht gestellt.

Ratsvorsitzender Bockstette bedankte sich bei den Zuhörern und schloss den öffentlichen Teil der Sitzung. Nachdem alle Einwohner den Ratssaal verlassen hatten, wurde mit dem nicht öffentlichen Teil der Sitzung fortgefahren.

Tobias Gerdesmeyer
Bürgermeister

Norbert Bockstette
Vorsitzender

Cornelia Espelage
Protokollführerin

**Bericht
des Bürgermeisters
über kommunalpolitische und Verwaltungsangelegenheiten
in der Ratssitzung am 23.10.2019**

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

folgende personelle Maßnahmen wurden seit der letzten Ratssitzung durchgeführt:

Neueinstellungen:

Für die Hauptabteilung wurde Frau Marianne Busche zum 01.08.2019 in Teilzeit (19,50 Stunden) eingestellt.

Ausschreibungsverfahren:

Im Beamtenbereich wurde eine Anwärterstelle, Duales Studium Bachelor of Arts, Allgemeine Verwaltung, zur Nachwuchsgewinnung ausgeschrieben. Einstellungstermin ist der 01.08.2020.

Im Angestelltenbereich sind folgende Stellen ausgeschrieben:

- Stelle als Tiefbauingenieur/in in Vollzeit als Elternzeitvertretung sowie Verstärkung der Tiefbauabteilung wegen zunehmender Aufgaben
- Stelle als Hochbauingenieur/in in Vollzeit zur Unterstützung der Abteilung Hochbau
- Ausbildungsstellen zur/zum Verwaltungsfachangestellten, Einstellungstermin ist der 01.08.2020.

Aus der Haupt-, Schul- und Kulturabteilung ist Folgendes zu berichten:

Veranstaltungen

Ehrung von Einsatzhelfern

Am 20.06.2019 wurden die Einsatzhelfer von Feuerwehr und THW, die bei der Bewältigung der Moorbrände in Meppen sowie in Goldenstedt/Vechta mitgewirkt haben, für ihr besondere Engagement und ihren gemeinwohlorientierten Einsatz geehrt.

Ehrenamtskarte

Am 24.06.2019 wurden die ersten 41 Niedersächsischen Ehrenamtskarten in Lohne in einem feierlichen Rahmen an die ehrenamtlich Tätigen verliehen.

Musikschule Lohne

Am 21.09.2019 wurde der langjährige Leiter der Musikschule Lohne, Peter Sieve, in den wohlverdienten Ruhestand verabschiedet.

Gleichzeitig wurde sein Nachfolger, der Musikpädagoge und Kulturmanager Michael Gudenkauf, begrüßt. Herr Gudenkauf kommt aus Vechta und war zuletzt Direktor der Kreismusikschule Cloppenburg.

Städtepartnerschaften

Międzyzylesie

Vom 23. – 26. August 2019 besuchte eine Delegation (Mitglieder des Partnerschaftskomitees Międzyzylesie) unsere polnische Partnerstadt, um erste Vorbereitungen für die Gestaltung des Jubiläums „10 Jahre Partnerschaft Lohne – Międzyzylesie“ im Jahr 2020 zu treffen.

Rixheim

Die offizielle Fahrt des Rates nach Rixheim mit einer gemeinsamen Sitzung der Räte aus Rixheim und Lohne zum Thema „Digitalisierung“ fand vom 27. – 29.09.2019 statt.

Waldbad

Das Waldbad wurde am 19.09.2019 geschlossen. Damit endete die Freibad-Saison nach 122 Öffnungstagen.

Seit dem 11. Mai besuchten rund 93.000 Badegäste das Freibad. Damit lagen die Besucherzahlen weit über dem langjährigen Schnitt von rund 65.000 Besuchern, aber unter dem Ergebnis der Rekordsaison 2018 mit mehr als 110.000 Badegästen.

Die meisten Besucher zählte das Bad am 30. Juni, einem Sonntag mit annähernd 40 Grad Außentemperatur. An dem Tag strömten 6259 Besucher ins Waldbad.

Bis auf wenige Bagatell-Verletzungen vermerkte das Waldbad-Team keine Unfälle. Getrübt wird der Rückblick auf das Freibad-Jahr nur durch das Unwetter am 2. August und seinen Folgen. Denn bei sinnflutartigen Regenfällen wurde die Technik im Waldbad beschädigt. Das Bad musste eine Woche lang geschlossen bleiben.

Mit dem Ende der Freibad-Saison öffnet das Hallenbad beim Lohner Gymnasium wieder seine Türen für den öffentlichen Badebetrieb.

Nachstehende Grundstücksvorgänge wurden von der Liegenschaftsverwaltung seit der letzten Ratssitzung abgewickelt:

- Veräußerung eines Wohnbaugrundstücks im Baugebiet „Urlagen Hof“ in Brockdorf
- Erwerb einer Fläche für Renaturierungsmaßnahmen in Schellohne
- Erwerb eines Wohnhauses am Mühlenkamp

Im Bereich Einkauf wurden neben kleineren Vergabeverfahren sowie den erforderlichen Ersatz- und Ergänzungsbeschaffungen folgende besondere Maßnahmen durchgeführt:

- Auftragsvergabe über die Einrichtung eines professionellen WLAN-Systems in der Ketteler-Schule, Franziskus-Schule und Stegemannschule

- Auftragsvergabe über die Anschaffung von Präsentationstechnik (78 Smart-TVs) für die Unterrichtsräume der Grundschulen sowie der Realschule Lohne
- Auftragsvergabe für Veranstaltungsgestühl in der Franziskus-Schule (200 Stühle)
- Ausschreibung und Anschaffung von 30 Notebooks für die Stegemannschule
- Ausschreibung und Anschaffung von neuen Verwaltungs- und Arbeitsplatzrechnern in der Realschule Lohne sowie in der Stegemannschule

Aus dem Amt für Familie und Soziales teile ich Folgendes mit:

Vom 05.08.2019 bis zum 09.08.2019 fand in den Sommerferien erneut das „Lohner Sprachcamp der Vielfalt“ im Hort der Gertrudenschule statt. Organisiert wurde es durch den Runden Tisch Lohne e.V. in Zusammenarbeit mit der Stadt Lohne. 20 Kinder mit Sprachdefiziten im mündlichen und schriftlichen Bereich konnten ihre Kenntnisse im Rahmen einer spielerischen Sprachförderung verbessern.

Seit 2016 findet jährlich ein Ausflug für Lohner Flüchtlingsfamilien statt. Am 13.09.2019 wurde mit rund 130 Personen der „Wild- und Freizeitpark Ostrittrum“ besucht. Organisiert wurde der Ausflug von der Stadt Lohne. Die Finanzierung erfolgte u.a. durch den Lohner Verein für Flüchtlings- und Familienhilfe e.V..

Am 12.11.2019 lädt die Stadt Lohne alle Ehrenamtlichen (Hauspaten, Integrationslotsen etc.), die in den verschiedenen Projekten und Initiativen der Stadt Lohne tätig sind, zu einer gemeinsamen „Nachtwächterführung“ mit anschließendem gemütlichen Beisammensein ein. Die Stadt Lohne möchte sich auf diesem Wege für das ehrenamtliche Engagement bedanken.

Aus dem Bauamtsbereich ist zu berichten:

Die Eigentümer der 45 als Ortsbild prägend eingestuften Gebäude im Sanierungsgebiet wurden schriftlich auf die Möglichkeit einer Förderung für Modernisierungs- und Instandsetzungsmaßnahmen im Rahmen der Sanierung hingewiesen. Mehrere Eigentümer haben das unterbreitete Beratungsangebot bereits angenommen.

Die Planungsleistungen für den Neubau einer Kindertagesstätte an der Von-Stauffenberg-Straße wurden in einem Verhandlungsverfahren mit vorgeschaltetem Teilnahmewettbewerb europaweit ausgeschrieben. Die Planungsleistungen wurden an das Büro Bocklage und Buddelmeyer aus Vechta vergeben.

Die Erweiterung und Sanierung der Gertrudenschule wurde ebenfalls in einem Verhandlungsverfahren mit vorgeschaltetem Teilnahmewettbewerb europaweit ausgeschrieben. Mit den Planungen soll das Büro Thiemann Architekten aus Münster beauftragt werden.

Zurzeit werden in verschiedenen Straßen schadhafte Pflaster- und Asphaltdecken saniert.

Zur Erschließung des Baugebietes 146 B 1.BA (Verlängerung Pariser Straße) werden in Kürze die Versorgungsleitungen verlegt und im Anschluss daran die Grundstücksvermessung durchgeführt. Voraussichtlich Ende des Jahres kann mit der Bebauung der Grundstücke begonnen werden.

Im 3. BA des Baugebietes 26 E in Brockdorf kann voraussichtlich Anfang 2020 mit der Erschließung begonnen werden. Mit dem Straßenendausbau Ganterweg wird in Kürze begonnen.

Die für dieses Jahr vorgesehene Pflasterung der Wegeverbindungen im Stadtpark ist abgeschlossen.

Die Herstellung einer behindertengerechten Zuwegung im Heinz-Dettmer-Stadion ist beauftragt und wird in Kürze umgesetzt.

Die Umgestaltung des Parkplatzes und der Zuwegung zum Stadion und der Sporthalle am Amasyaweg ist fertiggestellt.

Baubeginn für Erweiterung der Von-Galen-Schule war der 27.07.2019. Bei der Baustellenfreilegung wurden enorme Mengen und kreuzweise verlaufende SW- und RW-Leitungen entdeckt, die aufwendig entfernt und neu verlegt werden mussten. Auch die Heiz-Fernwärmeleitung musste komplett erneuert werden. Hierdurch entstand eine Verzögerung von rd. 6 Wochen.

Die Gestaltung der Schulhöfe an den Lohner Schulen ist in vollem Gange. An fast allen Schulen wurden bereits einige Neuanschaffungen errichtet. Bedingt durch geplante Baumaßnahmen werden an der Von-Galen-Schule, der Gertrudenschule und eingeschränkt bei der Grundschule Brockdorf die Schulhöfe zum späteren Zeitpunkt aufgewertet.

In den städtischen Wohnungen am Übergangsweg 6 wird derzeit die Heizungsanlage erneuert.

Eine Wohnung in dem städtischen Wohnhaus Übergangsweg 2 wurde vollständig entkernt und saniert. Dabei wurde auch die Elektro-, Heizungs- und Sanitärinstallation erneuert.

Auf den öffentlichen Kinderspielplätzen Bruns-Ring und Dorfplatz Brägel wurden neue Spielgeräte angeschafft.

Die Abteilung Marketing, Öffentlichkeitsarbeit und Wirtschaftsförderung teilt Folgendes mit:

Events im LOHNEUM

Derzeit werden drei Veranstaltungen im LOHNEUM von der Stabstelle Marketing, Wirtschaftsförderung und Öffentlichkeitsarbeit vorbereitet beziehungsweise begleitet. Am 5. November findet die Veranstaltung „i2b“ mit Vertretern aus der regionalen Wirtschaft in der Halle statt.

Am 7. November gastiert die Big Band der Bundeswehr im LOHNEUM. Dafür gibt es nur noch wenige Restkarten. Das „Talent-Event“ mit jungen Nachwuchskünstlern aus der Region ist am 9. November im LOHNEUM zu sehen. Der Vorverkauf läuft.

Weihnachtsmarkt

Die Vorbereitungen für den Weihnachtsmarkt haben begonnen. Gemeinsam mit Festwirt Alfons Stratmann findet dieser in gewohnter Weise mit Eisbahn und Buden auf dem Pierre-Braun-Platz statt. Eröffnet wird der Weihnachtsmarkt am 28. November. Schluss ist am 23. Dezember.

Abschließend verweise ich auf die Berichte des Präventionsrates und der Gleichstellungsbeauftragten, die dem Protokoll beigelegt werden.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

Tobias Gerdesmeyer
Bürgermeister

Kurzbericht der Gleichstellungsbeauftragten für die Stadtratssitzung am 23.10.2019

- Veranstaltung der Gleichstellungsbeauftragten und der Abteilung Integration der Stadt Lohne „**Mut zum Beruf/ Neue Einblicke- Neue Chancen- Neuer Start**“ am 24.10.19 in der Hofstelle des Ludgerus-Werkes e. V.
 - Im Rahmen des niedersächsischen Projekts „Gleichstellung sichtbar machen- CEDAW in Niedersachsen“, welches vom Nds. Ministerium für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung gefördert wird (Convention on the Elimination of all forms of **D**iscrimination **a**gainst **W**omen)
 - Das Projekt basiert auf der UN-Frauenrechtskonvention, die Deutschland 1985 anerkannt hat. Der Bekanntheitsgrad dieser soll erhöht werden, um Geschlechtergleichstellung auf kommunaler Ebene voranzubringen
 - Auch auf kommunaler Ebene bietet CEDAW einen wichtigen Rückhalt, um Geschlechtergleichstellung voranzubringen. Die Veranstaltung „Mut zum Beruf“ ist unter dem Schwerpunkt Existenzsicherung von Frauen zu sehen. Existenzsicherung bedeutet, die eigene Existenz, unabhängig der familiären Situation, selbstständig sichern zu können. Diese Veranstaltung wird mit Fördergeldern von „Gleichstellung sichtbar machen- CEDAW in Niedersachsen“ unterstützt

- **Vernetzungstreffen der Gleichstellungsbeauftragten** im Landkreis Vechta am 22.08.2019

Auszug aus dem Protokoll:

1. Vorstellung der neuen Teilnehmerinnen
 - a. Rebecca Fischer, GB der Stadt Lohne
2. Politische Beteiligung
 - a. Mentoringprogramm „FRAU.MACHT.DEMOKRATIE.“ mit 443 Nachwuchspolitikerinnen landesweit und acht aus dem Landkreis Vechta: Goldenstedt, Visbek, Vechta (3x), Lohne, Holdorf, Damme
3. Gewaltschutz
 - a. Ausstellung „Die Hälfte des Himmels – der Gewalt entgegen“ im Kreishaus Vechta vom 06. bis zum 25.11.2019
 - b. Planungen zum Internationalen Tag gegen Gewalt an Frauen am 25.11.19. Im Zusammenhang mit der Aktion des Zonta Clubs Diepholz-Vechta „Orange your city“ verteilen die GBs in ihren Kommunen an Orten mit vielen Fahrrädern am 25.11. orangefarbene Sattelbezüge mit einem Aufruf gegen Gewalt und den Kontaktdaten regionaler Beratungsstellen
4. Hebammenmangel
 - a. Im LK Vechta die Situation sehr angespannt: Viele, gerade besonders unterstützungsbedürftige Familien bekommen keine Hebamme mehr - fast alle hier gemeldeten Hebammen arbeiten geringfügig bei den Krankenhäusern und ergänzend in der Vor- und- Nachsorge, aber meistens nicht in Vollzeit – freiwillig angebotene

Hebammensprechstunden werden nicht vergütet – die Kursangebote sind nicht aufeinander abgestimmt, etc.

5. Pflichten der GB bei Auswahlverfahren

- a. Betonung der Pflicht der GB zur Mitwirkung an Personalauswahlverfahren

6. Wohnraumangel

- a. Vorstellung der Wohnprojekte der Uni Vechta
- b. GeWoBau Wohnungen sollen nach sozialen Kriterien vergeben werden. Aus Sicht der Gleichstellungsbeauftragten sollte dabei die Prüfung der besonderen Berücksichtigung von Familien, Frauen und vor allem Alleinerziehender im Vordergrund stehen

- Teilnahme an **Fortbildungen**:

- Webinar „Rechtliche Rahmenbedingungen für Telearbeit und Homeoffice“,
- Webinar „Elternzeit“,
- „Keine sexuelle Belästigung am Arbeitsplatz“

- Teilnahme an Infoveranstaltung für das neue System der **leistungsorientierten Bezahlung**

- Teilnahme an Vollversammlung des **Präventionsrates Lohne**

- **Vernetzungstreffen** frauenORTE mit dem Ziel, diesen bekannter und attraktiver in und um Lohne zu machen

- Teilnahme an dem Vernetzungstreffen der **kfd** (Katholische Frauengemeinschaft Deutschland) **und Gleichstellungsbeauftragten** und dem **Netzwerk häusliche Gewalt** in Cloppenburg

Rebecca Fischer
Gleichstellungsbeauftragte

Präventionsrat Lohne (PRL)

Kurzbericht

des Präventionsrates Lohne (PRL)
für die Stadtratssitzung am 23.10.2019

Berichtszeitraum 05.06.2019 – 15.10.2019

➤ **Aktivitäten im AK „Persönlichkeitsstärkung“ aktuell:**

- Am 18.09.2019 fand eine außerplanmäßige Sitzung in Form einer LAN-Party statt. Die Teilnehmer lernten diejenigen Spiele und Apps kennen, die bei den Jugendlichen aktuell sind. Der Medienpädagoge Jens Wiemken führte sehr kompetent durch den Abend. Die Konsolen wurden uns durch die niedersächsische Landesstelle Jugendschutz kostenfrei zur Verfügung gestellt.
- Die AG Kinderrechte hat durch einen Artikel in der OV weitere Kooperationspartner gefunden, u.a. Dr. Timphus, Fitnessstudio For your Fitness, katholische Kirchengemeinde.
- Die Aktion Rettungsring in den Sommer- wie auch Herbstferien war wieder ein großer Erfolg. Die Nachfrage ist nach wie vor sehr groß. 2020 geht die Aktion in den Osterferien weiter.
- Für den 14.11.2019 hat die AG Gesunde Schule einen Vortrag zum Thema „Optimale Nährstoffversorgung von Kindern und Jugendlichen“ organisiert. Nicole Pille wird ausführlich auf das Thema eingehen.

➤ **Aktivitäten im AK „Sicherheit im öffentlichen Raum“ aktuell:**

- Der AK beschäftigt sich immer intensiver mit verkehrsrechtlichen Anliegen von Lohnern, bspw. mit der Frage, warum bei einigen Schulen keine 30km/h geboten sind, sondern 50km/h erlaubt sind (so am Gymnasium und der Klapphakenstraße). Darüber hinaus wurde angeregt eine Querungshilfe an der Klapphakenstraße zwischen BBS und Albert-Schweitzer-Realschule zu installieren, sollte keine Tempo-30-Zone eingerichtet werden (können).
- Die doppelten Ampelanlagen an der Märschendorfer Straße/Brandstraße, Dinklagerstraße bei Nasch und Fußgängerampel am alten Bahndamm sowie die Ampel am Motorpark sorgen für viel Rückstau. Hier regt der AK eine Überprüfung der Anlagen zwecks Gleichschaltung der Ampeln an.
- Der AK sammelt künftig problematische Stellen, die Frank Soika der Unfallkommission melden wird.
- Die Ausweitung eines Projekts der Kreisverkehrswacht zum toten Winkel bei LKWs läuft sehr gut. Pöppelmann, RPC Bramlage, Autohaus Menke und Fahrschule Kaiser werden der Kreisverkehrswacht für mehrere Vormittage im Jahr Sattelzüge inkl. Fahrer zur Verfügung stellen. Mit den Sattelzügen auf den Schulhöfen können die Schüler die Gefahr des toten Winkel selber sehen und erleben. Darüber hinaus wurden mehrere rote Planen zur Veranschaulichung des toten Winkel angeschafft.

➤ **Aus der Geschäftsführung:**

- Das Schützenfest ist in diesem Jahr unter jugendschutzrelevanten Aspekten sehr gut verlaufen. Alle Beteiligten (Schützenverein, Festwirt, Jugendamt, Polizei und PRL) waren sehr zufrieden mit dem Verlauf.

- Derzeit plane und terminiere ich die Präventionsprojekte für das laufende Schuljahr. Neben der Aufführung „Natürlich bin ich stark“ der theaterpädagogischen Werkstatt Osnabrück, werden auch wieder Gespräche mit suchtkranken Patienten sowie ein suchtpreventiver Workshop mit der Suchtberatungsstelle Vechta stattfinden. Für die jüngeren Jahrgänge wird es ein Projekt zur Teambildung, aber auch ein Projekt zum Thema Gefahren im Internet/Medienkompetenz geben.
- Am 11.09.2019 fand die Vollversammlung des PRL statt. Die Arbeitskreise sowie die Geschäftsführung stellten hierbei die jeweiligen Projekte. Darüber hinaus wurde ein neuer Beisitzer für den Verein zur Förderung der Prävention in Lohne e.V. gewählt, da Wolfgang Fischer gesundheitsbedingt nicht mehr als Beisitzer zur Verfügung steht. Neuer Beisitzer ist Walter Sieveke.
- Meine Aufgaben im Rathaus haben sich erweitert. Schon seit einigen Jahren betreue ich gesundheitspräventive Aktionen im Rathaus. Nun wurden mir die Bereiche Arbeitsschutz und Betriebliches Gesundheitsmanagement übertragen. Im Bereich BGM laufen einige kleine Projekte, die nun ausgeweitet und in ein Gesamtkonzept eingebettet werden.



Andrea Marré
Geschäftsführerin



SOZIALDEMOKRATISCHE PARTEI DEUTSCHLANDS
STADTRATSFRAKTION LOHNE

SPD - Stadtratsfraktion, Kettelerstraße 40, 49393 Lohne

Bürgermeister
Tobias Gerdesmeyer
Vogtstraße 26
49393 Lohne

Fraktionsvorsitzender
Eckhard Knospe

Kettelerstraße 40
49393 Lohne

Telefon: 04442/2942
Email: eckhard@knospe-lohne.de

www.spd-lohne.de

Lohne, 11.07.2019

Antrag gem. § 56 NkomVG

Die SPD-Fraktion stellt den Antrag auf Einführung einer Anregungs- und Ereignismanagement-App (Bürgerservice-App).

Begründung:

Internetfähige Endgeräte wie Smartphones und Tablets revolutionieren unsere Gewohnheiten: Die Servicewelt wird mehr und mehr online und mobil. Diese Erwartungshaltung macht auch vor Rathäusern nicht halt.

Mit der Einführung einer solchen APP verfolgt die SPD-Fraktion insbesondere das Ziel, Bürgerinnen und Bürger interaktiv an der Gestaltung und Verbesserung der öffentlichen Infrastruktur schneller und einfacher zu beteiligen. In der Folge hätte die Verwaltung dann die Möglichkeit zeitnah und zielgerichtet auf die Probleme reagieren zu können.

Über ein entsprechendes Eingabefenster könnte ohne aufwendige Registrierung über das Handy ein Anliegen aus einer zu vorgegebenen Liste ausgewählt werden (kaputte Straßen, defekte Straßenbeleuchtung, illegale Müllentsorgung, Mängel auf Spielplätzen pp.). Diese Meldung könnte z.B. auch durch Setzen einer Stecknadel auf einer Karte und durch Hinzufügen eines Fotos konkretisiert werden. So würden Mängel sehr leicht und unbürokratisch mit einer kurzen Problembeschreibung, Fotos und einer Ortsangabe übermittelt werden.

Nach Absenden der Meldung sollte der Bürger ein Feedback über den Eingang und Bearbeitungszustand erhalten, z.B. durch einzelne Farbkennzeichnungen von „abgegeben und noch nicht bearbeitet“ bis hin zu „bearbeitet und abgeschlossen“.

Eckhard Knospe
Fraktionsvorsitzender



SOZIALDEMOKRATISCHE PARTEI DEUTSCHLANDS
STADTRATSFRAKTION LOHNE

SPD - Stadtratsfraktion, Kettelerstraße 40, 49393 Lohne

Bürgermeister
Tobias Gerdesmeyer
Vogtstraße 26
49393 Lohne

Fraktionsvorsitzender
Eckhard Knospe

Kettelerstraße 40
49393 Lohne

Telefon: 04442/2942
Email: eckhard@knospe-lohne.de

www.spd-lohne.de

Lohne, 07.08.2019

Antrag gem. § 56 NkomVG

Die SPD-Fraktion stellt folgende Anträge:

- a) § 4 der Geschäftsordnung der Stadt Lohne wird dahingehend geändert, dass die Einwohnerfragestunde vorgezogen wird und im Anschluss an den TOP „Bericht des Bürgermeisters über wichtige Angelegenheiten und über wichtige Beschlüsse des Verwaltungsausschusses“ erfolgt.
- b) In die Geschäftsordnung (§ 17) wird ebenfalls aufgenommen, dass Anfragen zukünftig auch „online“ gestellt werden können und dann unter dem TOP „Einwohnerfragestunde“ in der Sitzung eine Beantwortung erfolgt.
- c) Eine Einwohnerfragestunde wird auch für die öffentlichen Sitzungen der Fachausschüsse eingeführt (§ 72 Abs. 1 NKomVG).

Die Behandlung und Beschlussfassung sind in der nächsten Sitzung des Stadtrates am 23.10.2019 zu erfolgen, sofern bis dahin keine zusätzliche Sitzung terminiert wird.

Begründung:

a)

In §§ 4 und 17 der Geschäftsordnung der Stadt Lohne ist die „Einwohnerfragestunde“ geregelt. Damit soll den Einwohnern die Möglichkeit gegeben werden, nicht nur allgemein interessierende, sondern auch individuelle Fragen zu stellen. Sie soll die Sitzung lebendiger gestalten und zu einem besseren Verständnis zwischen dem Selbstverwaltungsorgan und den Einwohnern beitragen.

Bisher erfolgt diese zum Ende der öffentlichen Sitzung nach der Behandlung einer Vielzahl vorangegangener Tagesordnungspunkte.

Die Vergangenheit hat gezeigt, dass das Instrument der Einwohnerfragestunde sehr unterschiedlich, meistens jedoch sehr wenig genutzt wird. Ein Grund dafür könnte sein, dass zur Einwohnerfragestunde erst zum Ende der öffentlichen Sitzung aufgerufen wird, wobei die Fragenden im Grunde wenig Interesse an allen Tagesordnungspunkten haben.

Viele andere Kreis- und Stadträte haben sich zwischenzeitlich und aus gleichen Gründen von ihrer ursprünglichen Regelung abgekehrt und führen die Einwohnerfragestunde zu Beginn der Sitzung durch. Diese Regelung sollte auch bei der Stadt Lohne praktiziert werden.

b)

Ebenso soll § 17 der Geschäftsordnung mit dem Zusatz ergänzt werden, dass die Fragen an den Bürgermeister auch „online“ gestellt werden können. Durch diese Form der Fragestunde wird die Möglichkeit eröffnet, dass Anfragende nicht zwingend persönlich vor Ort sein müssen und ggf. bei Verhinderung auch auf diesem Weg zu einem Problempunkt fragen können. Die Beantwortung wäre dann über das Ratsinformationssystem im Protokoll zur Sitzung nachlesbar. Diese Form der Kommunikation im Rahmen der digitalisierten Welt von heute sollte auch Einzug finden bei der Stadt Lohne.

c)

Außerdem wird § 17 der Geschäftsordnung dahingehend ergänzt, dass zukünftig auch eine Einwohnerfragestunde in den öffentlichen Sitzungen der Fachausschüsse eingeführt wird (§§ 62, 72 Abs. 1 NKomVG). Den Bürgerinnen und Bürgern wird somit die Möglichkeit gegeben, zu einem frühen Zeitpunkt sowohl Nachfragen genereller Art als auch zu Tagesordnungspunkten der Fachausschusssitzung stellen zu können.

Die SPD-Fraktion ist der Auffassung, dass den Bürgerinnen und Bürgern der Stadt Lohne mit diesen Erweiterungen der Geschäftsordnung mehr Möglichkeiten an kommunal-politischer Beteiligung uneingeschränkt eingeräumt werden muss und wird.

Mit diesen Regelungen kann ein wichtiger Beitrag zu mehr direkter Bürgerbeteiligung und gegen Politikverdrossenheit geleistet werden.

Eckhard Knospe
Fraktionsvorsitzender



SOZIALDEMOKRATISCHE PARTEI DEUTSCHLANDS
STADTRATSFRAKTION LOHNE

SPD - Stadtratsfraktion, Kettelerstraße 40, 49393 Lohne

Bürgermeister
Tobias Gerdesmeyer
Vogtstraße 26
49393 Lohne

Fraktionsvorsitzender
Eckhard Knospe

Kettelerstraße 40
49393 Lohne

Telefon: 04442/2942
Email: eckhard@knospe-lohne.de

www.spd-lohne.de

Lohne, 07.08.2019

Antrag gem. § 56 NkomVG

Die SPD-Fraktion stellt den Antrag auf Einführung einer Berichtspflicht für die entsendeten Vertreter der Stadt Lohne in Einrichtungen und Kommissionen.

Eine Berichterstattung hat mindestens einmal jährlich im Rahmen einer Stadtratssitzung stattzufinden. Sie kann in schriftlicher oder mündlicher Form erfolgen

Die Beratung und Beschlussfassung haben in der Sitzung des Stadtrates am 23.10.2019 zu erfolgen.

Begründung:

In der konstituierenden Stadtratssitzung am 02.11.2016 ist über die Bildung von Kommissionen und Entsendung von Vertretern der Stadt Lohne in Einrichtungen und Kommissionen gesprochen und entsprechend beschlossen worden.

Aufgrund der Anzahl der jeweiligen Sitze und dem Verteilungsproporz sind grundsätzlich entweder nur der Bürgermeister und/oder nur Personen größerer Fraktionen (meistens nur der CDU) vertreten:

- **Gesellschafterversammlung der GeWoBau:** BM Gerdesmeyer / Vertr. Herr Kühling.
- **Vertreter im Vorstand der Musikschule:** BM Gerdesmeyer / Brigitte Theilen
- **Mitgliederversammlung der Kreismusikschule:** Brigitte Theilen
- **Vertreter im Beirat der Stiftung IML:** M. Godde, N.Bockstette, J. Sandmann-Surmann, P. Willenborg
- **Vertreter im Nds. Städte- und Gemeindebund:** BM Gerdesmeyer, N.Bockstette
- **Kuratorium der SUN:** ??
- **Landschaftsversammlung Oldenburgische Landschaft:** Cl. Westendorf, F. Bruns
- **Gesellschafterversammlung der Flächenagentur:** BM Gerdesmeyer, Konrad Rohe

- **Partnerschaftsbeauftragte Rixheim/Mittelwalde:** N. Hinzke, P. Sandmann
- **Luzie-Uptmoor Stiftung:** G. Kühling, Dr. L. Neubauer (?)
- **Beirat Luzie-Uptmoor-Stiftung:** E. Schlärmann
- **Vorstand IML:** BM Gerdesmeyer, N. Hinzke
- **Vorstand Ludgerus-Werk e.V.:** W. Sieveke
- **Vorstand Lohner Bürgerstiftung:** BM Gerdesmeyer, E. Schlärmann/N. Bockstette
- **Beirat Lohner Bürgerstiftung:** M. Zobel, Th. Schlarmann
- **Verbandsversammlung OOWV:** BM Gerdesmeyer, N. Hinzke

Aufgrund der bisherigen Verfahrensweise ist der sachliche Informations- und Wissensaustausch für alle Mitglieder, Fraktionen und Gruppen den Lohner Stadtrates nicht gewährleistet. Dieser Ungleichbehandlung soll mit diesem Antrag entgegengewirkt werden.

Eckhard Knospe
Fraktionsvorsitzender



SOZIALDEMOKRATISCHE PARTEI DEUTSCHLANDS
STADTRATSFRAKTION LOHNE

SPD - Stadtratsfraktion, Kettelerstraße 40, 49393 Lohne

Bürgermeister
Tobias Gerdesmeyer
Vogtstraße 26
49393 Lohne

Fraktionsvorsitzender
Eckhard Knospe

Kettelerstraße 40
49393 Lohne

Telefon: 04442/2942
Email: eckhard@knospe-lohne.de

www.spd-lohne.de

Lohne, 07.08.2019

Antrag gem. § 56 NkomVG

Die SPD-Fraktion stellt den Antrag, dass die Verwaltung ihrem Auftrag nachkommt und die einstimmig gefassten Beschlüsse auf Erstellung eines Sozialberichts umsetzt.

Wir beziehen uns auf den Ursprungsantrag vom 09.02.2010, der in verschiedenen Ausschüssen mehrfach beraten worden ist:

- 08.04.2010: Ausschuss für Finanzen, Wirtschaftsförderung und Soziales,
- 23.02.2012: Ausschuss für Jugend, Familien und Senioren und
- 13.03.2012: Verwaltungsausschuss

Einstimmiger Beschlussvorschlag: „Die Verwaltung wird beauftragt, konkrete Handlungsfelder zu benennen und vorhandene Informationen und statistische Materialien hierzu zusammenzutragen. Nach Bestimmung zukünftiger Handlungsfelder sollen ggf. externe Dienstleister für nähere Untersuchungen herangezogen werden.“

Die Behandlung dieses Antrages soll in der Sitzung des Stadtrates erfolgen, spätestens in der am 23.10.2019.

Ergänzende Begründung:

Der „Paritätische Gesamtverband“ spricht in einer Pressemitteilung vom 02.08.19 von einer Zunahme der Kluft zwischen Arm und Reich in Deutschland. Danach reicht vielen Familien das laufende Einkommen zur Deckung ihres grundsätzlichen Bedarfs nicht mehr aus. Zu leiden hätten nicht zuletzt die Kinder.

Jedes zweite Kind hat Angst vor Armut. Gut die Hälfte der befragten Kinder im Rahmen einer kürzlich erfolgten Untersuchung der Bertelsmann Stiftung mache sich „gelegentlich, häufig oder immer“ Sorgen um die finanzielle Situation der Familie.

Darüber hinaus fürchtet jedes dritte Kind an einer Haupt-, Gesamt- oder Sekundarschule Mobbing, Gewalt und Ausgrenzung. Sie fühlen sich dort nicht sicher. Das geht aus der Befragung von rund 3450 Kindern und Jugendlichen zwischen 8 und 14 Jahren hervor.

Die meisten Befragten fühlen sich zu Hause und in der Schule zwar gut aufgehoben und versorgt, viele werden dennoch trotzdem von Sorgen geplagt.

Fünf Prozent der Achtjährigen gaben in der repräsentativen Erhebung im Schuljahr 2017/18 an, dass sich niemand in der Familie wirklich um sie kümmere. Unter den Vierzehnjährigen meinte das sogar fast jeder zehnte. Je älter die Schüler sind, desto weniger haben sie zudem den Eindruck, dass sich Lehrer um sie kümmern oder ihnen bei Problemen helfen.

Den meisten Kindern geht es auf den ersten Blick materiell gut. Für mehr als 96 Prozent der Befragten gilt: Es gibt genug zu essen, es gibt Platz zum Spielen, in den Wohnungen mindestens ein Badezimmer und mindestens einen Computer in der Familie. Einen ungestörten Arbeitsplatz haben neun von zehn Kindern, ein eigenes Schlafzimmer acht von zehn, wie die Funke-Zeitungen zuerst berichteten.

Viele Kinder wüssten nicht ausreichend über ihre Rechte Bescheid. Aus Sicht der Jugend gehörten zu einem guten Aufwachsen Sicherheit, Zeit mit Eltern und Freunden, Zuwendung, auch Möglichkeiten der Beteiligung.

An die Politik geht die Forderung der Stiftung den Heranwachsenden mehr zuzuhören, sie regelmäßig zu befragen und „konsequent zu beteiligen“. Dieses Wissen ist für eine bedarfsgerechte Sozial-, Familien- und Bildungspolitik sowie zur effektiven Bekämpfung von Kinderarmut unverzichtbar.

Eckhard Knospe
Fraktionsvorsitzender



SOZIALDEMOKRATISCHE PARTEI DEUTSCHLANDS
STADTRATSFRAKTION LOHNE

SPD - Stadtratsfraktion, Kettelerstraße 40, 49393 Lohne

Bürgermeister
Tobias Gerdesmeyer
Vogtstraße 26
49393 Lohne

Fraktionsvorsitzender
Eckhard Knospe

Kettelerstraße 40
49393 Lohne

Telefon: 04442/2942
Email: eckhard@knospe-lohne.de

www.spd-lohne.de

Lohne, 06.10.2019

Antrag gem. § 56 NkomVG

Die SPD-Fraktion stellt den Antrag, in der kommenden Sitzung des Stadtrates am 23.10.2019 die Einführung eines professionellen Stadt-/Citymarketing zu beschließen.

Dazu sollte ein neues Konzept unter Zuhilfenahme von Verantwortlichen der Bundesvereinigung City- und Stadtmarketing e.V., der IHK, der CIMA Beratungs- Management GmbH und des Handels- und Gewerbevereins „Gans & gar Lohne“ (HGV Lohne) erarbeitet und zur Beratung in der Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Wirtschaftsförderung und Liegenschaften am 19.11.2019 vorgestellt werden.

Ziel dieses Konzeptes sollte es sein, für Lohne die strukturellen und finanziellen Rahmenbedingungen für ein zukunftsweisendes Stadt- und Citymarketing neu zu formulieren. Neben ausreichend personeller Kapazität ist ebenso eine personelle Kontinuität zu gewährleisten. Gleiches gilt auch für eine nachhaltige finanzielle Ausgestaltung (z.B. mittels eines Budgets). Ebenso sind die Aufgaben klar und unmissverständlich zu definieren, um Doppelstrukturen (Verwaltung/Gans & gar Lohne) zu vermeiden.

Begründung:

In der jüngsten Sitzung des Ausschusses Finanzen, Liegenschaften und Wirtschaftsförderung am 01.10.2019 sollte über den Zuschussantrag des Handels- und Gewerbevereins „Gans & gar Lohne“ (HGV Lohne) beraten werden, der in etwa eine Verdreifachung des bisher gewährten Zuschusses beantragt hatte.

Auf Betreiben der CDU ist dieser Antrag zurückgestellt und zur weiteren Beratung in die Fraktionen überwiesen worden, da eine sachgerechte Vorbereitung nicht möglich war.

In der Antragsbegründung wies der HGV Lohne auf eine Vielzahl von durchgeführten bzw. geplanten Veranstaltungen und Maßnahmen hin. Gleichwohl erläuterte er aber auch seine Probleme, die eine noch erfolgreichere Arbeit erschweren. Diese Defizite, wie z.B. die unzureichende Gesamtstundenzahl von derzeit 22 Stunden pro Woche bei zwei geringfügig Beschäftigten und der begrenzte finanzielle Spielraum, sind auch im Empfehlungsschreiben der CIMA Beratungs- und Management GmbH vom 17.09.2019 unmissverständlich beschrieben.

Darin heißt es u.a.:

- „dass das Citymanagement in seiner derzeitigen Form seinen Aufgaben nicht gerecht werden kann. Als Ursache werden hierfür u.a. mangelnde Ausstattung mit finanziellen und personellen Ressourcen genannt“.
- „dass der Verein aufgrund fehlender Kapazitäten in Teilen nicht professionell und zufriedenstellend arbeiten kann“,
- „Ein strategisches Arbeiten im HGV ist derzeit nur begrenzt möglich“.
- „Auch wurde in Gesprächen mit der Stadt und dem HGV deutlich, dass es Unklarheiten in der Aufgabenverteilung zwischen Stadt und dem HGV gibt“.

Insoweit sahen auch die Experten der CIMA Beratungs- und Management GmbH in der Vergangenheit Abstimmungsprobleme mit der Stadt Lohne sowie eine unzureichende finanzielle Ausstattung des HGV, die eine absolut als notwendig angesehene Aufstockung der personellen Ressourcen bis dato nicht zuließ.

Aussagen der IHK und der Bundesvereinigung City- und Stadtmarketing e.V. besagen, dass mehrere Voraussetzungen gegeben sein müssen, um überhaupt ein erfolgreiches City-/Stadtmarketing erreichen zu können.

Zitate:

- „Ohne einen professionellen Rahmen, der auch eine angemessene Finanzausstattung bedeutet, ist auf Dauer kein wirksames City-/Stadtmarketing zu erreichen“.
- „Das City- und Stadtmarketing leidet oftmals unter nicht maßstabsgerechten finanziellen Mitteln (sowohl für die Grundausstattung als auch auf der Ebene der Projektmittel) und/oder mangelnder Personalkapazitäten“.
- „Das City- oder Stadtmarketing leidet sehr häufig darunter, dass es vielen Kommunen noch als freiwillige Aufgabe verstanden wird und dass es sich somit auch negativ auf die finanzielle Ausgestaltung auswirken kann“.

Die SPD-Fraktion ist der Auffassung, dass die Schaffung eines professionell geführten City-/Stadtmarketing für Lohne unerlässlich ist. Wir glauben auch, dass viele Synergieeffekte zu erzielen sind, im Besonderen auch zur Entlastung des Bürgermeisters und der Stadtverwaltung.

Eckhard Knospe
Fraktionsvorsitzender



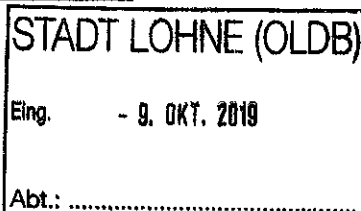
SOZIALDEMOKRATISCHE PARTEI DEUTSCHLANDS
STADTRATSFRAKTION LOHNE

Fraktionsvorsitzender
Eckhard Knospe

SPD - Stadtratsfraktion, Kettelerstraße 40, 49393 Lohne

Kettelerstraße 40
49393 Lohne

Bürgermeister
Tobias Gerdesmeyer
Vogtstraße 26
49393 Lohne



Telefon: 04442/2942
Email: eckhard@knospe-lohne.de

www.spd-lohne.de

Lohne, 09.10.2019

Antrag gem. § 56 NkomVG

Die SPD-Fraktion stellt die Anträge:

1. **Entwicklung und Umsetzung eines kommunalen Existenzgründerprogrammes.** Die SPD-Fraktion schlägt vor, ein Förderkonzept für Gründungen in den Bereichen Einzelhandel und Gastronomie in der Innenstadt zu beschließen. Es soll damit erreicht werden, dass das bisherige Angebot in der Innenstadt durch innovative Handels- und Gastronomiekonzepte erweitert und sie dadurch attraktiver wird.
2. **Im Rahmen der Haushaltsberatung 2020 wird eine Haushaltsstelle für die Umsetzung eines kommunalen Existenzgründungsprogramms eingerichtet.** Über die Höhe der finanziellen Ausgestaltung ist im Rahmen der Beratungen zu Ziffer 1 zu entscheiden.

Begründung:

Nach wie vor leidet vor allem die Lohner Innenstadt unter Leerstand, der leider fortschreitend ist. Bisherige Maßnahmen haben nicht zu einer damit erhofften Belebung geführt.

Mit der Förderung von Gründungen im Einzelhandel und der Gastronomie im Bereich der Innenstadt sollen „StartUp's innovative Konzepte“ beim Eintritt in den Markt unterstützt werden, welche die Innenstadt positiv beleben und die Vielfaltigkeit des Angebotes verbessern.

Um Gründer in den Bereichen Einzelhandel und Gastronomie zu unterstützen, sollte einerseits eine finanzielle Unterstützung (z.B. einmalige Anschubfinanzierung, Mietzuschuss, ein zeitlich begrenzter Erlass der Gewerbesteuerzahlung) beschlossen werden. Andererseits gilt es eine Gestaltungsrichtlinie zu verabschieden, um auch ein attraktives Umfeld zu schaffen, in dem Gründer sich etablieren können.

Im Rahmen der Beratungen ist zu entscheiden, ob und ggf. welche Kriterien für die Förderwürdigkeit und -höhe festgelegt werden sollen (z.B. Art der Tätigkeit, Anzahl der geschaffenen Arbeitsplätze).

Ob ein Konzept die dann festzulegenden Kriterien erfüllt, wird durch das Amt für Wirtschaftsförderung der Stadt Lohne bewertet und entschieden.

Vorschläge der SPD-Fraktion/ Beispiele eines Förderkonzeptes:

a) Anschubfinanzierung

Die Stadt Lohne gewährt bei einer Neugründung in Bereichen des Einzelhandels und der Gastronomie in der Lohner Innenstadt eine einmalige Anschubfinanzierungshilfe, die nicht zurückgezahlt werden muss. Über die Höhe ist zu beraten (z.B. von 5.000.-€).

b) Mietzuschuss

Existenzneugründer bekommen die Möglichkeit einen Zuschuss zur Miete zu beantragen. Ziel ist es, produktives Gewerbe und die hierzu nahen Dienstleistungen zu fördern, um auch Arbeitsplätze in Lohne zu schaffen. Deshalb soll die Miete für Gründer innovativer Konzepte, welche die Innenstadt positiv beleben und die Vielfältigkeit des Angebotes verbessern, in diesem Zeitraum auch finanziell gefördert werden

Die SPD-Fraktion geht davon aus, dass Gründer im Einzelhandel und der Gastronomie in der Innenstadt in ihrem Finanzplan einen deutlich höheren Posten für die Miete berücksichtigen müssen, als die Gründer im Bereich Dienstleistungen und der Produktion an der Peripherie.

Der Zuschuss könnte beispielsweise für bis zu 3 Jahre für eine Mietfläche von max. 100 qm gewährt werden. Die Höhe des monatlichen Zuschusses ist gestaffelt und beträgt im 1. Jahr 3,00 €/qm, im 2. Jahr 2,00 €/qm, im 3. Jahr 1,50 €/qm.

c) Erleichterungen bei der Finanzierung der Stellplatzablöse

Die SPD-Fraktion schlägt die Änderung/Anpassung der Satzung über die Erhebung von Ausgleichsbeiträgen für nicht herzustellende Kraftfahrzeugeinstellplätze (Ablösebeitragssatzung) vor.

Sollte nämlich der Fall gegeben sein, dass durch eine Neugründung mehr Stellplätze erforderlich sind, als ursprünglich vorgesehen/genehmigt sind, ist eine Ausnahmeklausel nach den beschlossenen Richtlinien der Stadt zu beschließen. Denn in der Innenstadt können wegen der fehlenden Möglichkeiten meistens keine weiteren Stellplätze geschaffen werden, so dass statt der Herstellung dieser Stellplätze ein Ablösebetrag für jeden nicht nachgewiesenen Stellplatz an die Stadt gezahlt werden muss.

Hierzu schlägt die SPD-Fraktion vor, dass im Falle der Ablösung ein Vertrag zwischen der Stadt und dem Bauherrn geschlossen wird, wonach die Fälligkeit der Zahlung des Ablösebeitrages erst 2 (oder 3) Jahre nach der Gründung eintritt.

Damit sollen sowohl die Immobilienbesitzer zum Investieren motiviert als auch der Gründer in der Startphase nicht zusätzlich durch einen Ablösebetrag belastet werden, der zu Beginn bei der Einrichtung seines Geschäftes oder Lokals ohnehin bereits hohe Investitionen zu tragen hat.

d) Erlass der der Gewerbesteuer für innerstädtische Unternehmen für die ersten 3 Jahre

Um Existenzneugründer in Lohne zu motivieren, mittels innovativer Konzepte die Innenstadt zu beleben und attraktiver zu machen, sollte sich gerade in den ersten Jahren die finanzielle Belastung nach der Gründung auf ein Mindestmaß beschränken. Die SPD-Fraktion schlägt deshalb vor, eine Sonderregelung zu beschließen, wonach Existenzneugründern in der Lohner Innenstadt die Zahlung der Gewerbesteuer erlassen wird; beispielhaft für die ersten 3 Jahre.

e) Erleichterungen bei der Anwendung der Sondernutzungssatzung/ Sondernutzungsgebührensatzung und über die Erhebung von Marktstandgeldern der Stadt Lohne

Die SPD-Fraktion schlägt vor zu prüfen, inwieweit die Sondernutzungssatzung inkl. der Gebührenordnung für Existenzneugründer in der Innenstadt angepasst werden muss; z.B. kostenlos Werbung außerhalb des Geschäftes zu betreiben. Die Regelung könnte für die ersten zwei Jahre gelten.

Des Weiteren sollte die Möglichkeit geschaffen werden, dass auch eine Außennutzung des öffentlichen Verkehrsraumes vor seinem Geschäft/Gaststätte möglich ist und in den ersten beiden Jahren kostenfrei bleibt. Dazu wäre eine Anpassung unter § 5 der Satzung über die Erhebung von Marktstandgeldern notwendig.



Eckhard Knospe
Fraktionsvorsitzender

Ratsgruppe LOHNER – DIE LINKE

Stadt Lohne
Der Bürgermeister
Postfach 1369

49380 Lohne

Betr.: Antrag gem. § 72 NKomVG

Sehr geehrter Herr Gerdesmeyer,

Zur Ratssitzung am 23. Oktober 2019 stellen wir den Folgenden Antrag:

Die Stadt Lohne erlässt innerhalb ihrer Grenzen eine Baumschutzsatzung. In diese werden alle kommunalen und privaten Bäume eingeschlossen, die nicht unter das Waldgesetz fallen.

Begründung:

Der Erhalt von Bäumen im Gebiet der Kommune muss oberste Priorität haben. Individuelle Entscheidungen zum Erhalt einzelner Bäume sind auf kommunalen Flächen ansatzweise machbar, versagen aber grundsätzlich bei privaten Bäumen. Gerade dort bekommen Baumbesitzer mit einer Baumschutzsatzung ein Verfahren in die Hand, was ihnen Transparenz gibt und andererseits der Allgemeinheit ein Mitspracherecht, was dringend erforderlich ist, weil das Einwirken in den Naturhaushalt die Gesamtheit der Gesellschaft und aller Lebewesen betrifft.

Die Baumschutzsatzung sollte in der Beschreibung von geschützten Bäumen so allgemein gefasst werden, dass möglichst alle Gehölze Schutzstatus erhalten. Ausnahmen von diesem Schutzstatus sind nur für kranke Bäume sinnvoll, die für die Pflanzen- und die Tierwelt, zu letzterer zählen selbstverständlich auch die Menschen, Gefahren bringen können.

Lohne, 25. September 2019
Lutz Neubauer
Vorsitzender der Ratsgruppe LOHNER – DIE LINKE



SOZIALDEMOKRATISCHE PARTEI DEUTSCHLANDS
STADTRATSFRAKTION LOHNE

SPD Lohne Stadtratsfraktion, Kettelerstraße 40, 49393 Lohne

Bürgermeister
Tobias Gerdesmeyer
Vogtstraße 26
49393 Lohne

Fraktionsvorsitzender
Eckhard Knospe

Kettelerstraße 40
49393 Lohne

Telefon: 04442/2942
Email: eckhard@knospe-lohne.de

www.spd-lohne.de

Lohne, 04.10.2019

Anfrage der SPD-Fraktion

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,

die SPD-Fraktion bittet um Beantwortung der Anfrage im öffentlichen Teil der nächsten Sitzung des Stadtrates am 23.10.2019.

Vorbemerkung:

Im vergangenen Jahr 2018 hat es eine Prüfung der Stadt Lohne durch den Niedersächsischen Landesrechnungshof zum Personaleinsatz in den Verwaltungsbereichen „Personalservice, Kämmerei und Kasse“ gegeben. Über das Ergebnis sind wir – der Stadtrat – dann in der Sitzung vom 12.06.2019 informiert worden.

Zwischenzeitlich hat der Niedersächsische Landesrechnungshof seinen Kommunalbericht 2019 veröffentlicht, in dem u. a. ab S. 50 auch zur o. g. Prüfung ausgeführt wird. U. a. werden in Übersichten die Ergebnisse dieser Prüfung bei den einzelnen Städte und Samtgemeinden unter Nennung der Kommunen dargestellt.

Ich habe mich mal ein wenig näher mit den Ausführungen beschäftigt. Dabei komme ich zu dem Ergebnis, dass im Vergleich mit den anderen geprüften Kommunen die Stadt Lohne

1. im Bereich der Kasse ganz gut aufgestellt ist (siehe Tabelle 10: Personaleinsatz "Zahlungsabwicklung"),
2. im Bereich des Personalservice aber weniger gut aufgestellt ist (siehe Tabelle 8: Betreuungsquote und Verbesserungspotenziale gemessen am Mittelwert und Tabelle 9: Personal- und Sachaufwand je Personalfall).

Im Bereich Personalservice belegt die Stadt Lohne danach in einem „Ranking“ der geprüften Kommunen regelmäßig hintere Plätze.

In seinem Bericht führt der Niedersächsische Landesrechnungshof u. a. aus:

Die Bearbeitungstiefe eines Personalfalls (z. B. Gründlichkeit der Sachbearbeitung, persönliche Betreuung der Beschäftigten, unterschiedliche Arten der Beschäftigungsverhältnisse) fand bei diesem Kennzahlenvergleich keine Berücksichtigung. Diese Kriterien könnten jedoch bei der Analyse durch die Kommunen selbst eine bedeutende Rolle spielen.

Auf den letzten Satz dieser Ausführung bezieht sich auch meine Anfrage:

- 1. Hat es zu den Ergebnissen der Prüfung tiefergehende Analysen gegeben, als in den Ausführungen der Vorlage Nr.: 20/027/2019 „Überörtliche Prüfung durch den Nds. Landesrechnungshof - Personaleinsatz in den Aufgabenbereichen Personalservice, Kämmerei und Kasse“ vom 06.05.2019 beschrieben?**
- 2. Wenn ja:
Mit welchem Ergebnis?**

Mit freundlichem Gruß

Eckhard Knospe
Fraktionsvorsitzender

TOP 7.8

Prüfung der Stadt Lohne in den Verwaltungsbereichen „Personalservice, Kämmerei und Kasse“

Zunächst möchte ich aus Sicht der Verwaltung anmerken, dass eine überörtliche Prüfung (die ja sehr selten stattfindet) immer eine gute Gelegenheit bietet, die eigene Arbeitsweise und Organisation zu hinterfragen.

Gemeinsam mit der Sitzungsvorlage 20/027/2019 wurde Ihnen der eigentliche Bericht und auch zwei Stellungnahmen der Stadt Lohne hierzu zur Verfügung gestellt.

Da zwei der drei geprüften Bereiche über dem Durchschnitt lagen, ist hier eine weitere Analyse nicht erforderlich gewesen. Zum Teilbereich Personalservice hat, nachdem uns ein Entwurf des Prüfberichtes vorlag, sofort eine Bewertung unsererseits stattgefunden. Diese wurde dem Landesrechnungshof zur Verfügung gestellt, aber nicht mehr für die endgültige Version des Prüfberichtes berücksichtigt. Unsere Sichtweise ist auch (wie eingangs aufgeführt) der Sitzungsvorlage 20/027/2019 als Anlage beigelegt.

Legt man unsere Zahlen zugrunde, kommt man bei allen Teilbereichen der Prüfung zu anderen Ergebnissen. Der Personalschlüssel sinkt von 2,7 auf 2,3 Stellen, was wiederum bedeutet, dass wir eine Betreuungsquote von 87 erreichen, was günstiger als der vom LH errechnete Mittelwert von 85 ist. Auch die Personal- und Sachaufwendungen je Personalfall werden wesentlich besser, denn sie liegen mit 976 € (statt 1.660 €) unter dem vom LH ermittelten Mittelwert von 1.010 €.

Weiterhin bleibt anzumerken, dass wir bei den verglichenen Kommunen diejenige mit den wenigsten Personalfällen sind. Hat man viele gleichartige Fälle (was bei uns eben nicht der Fall ist) bedeutet dieses natürlich auch eine Zeitersparnis bei der Bearbeitung.

Im Übrigen bezieht sich die gesamte Untersuchung auf das Jahr 2016, zwischenzeitlich hat es personelle und organisatorische Veränderungen im Personalbereich gegeben. Daher sind die Ergebnisse des Berichtes so nicht mehr auf die derzeitige Situation übertragbar.

Aktuell sind wir aus Krankheitsgründen unterbesetzt.